

Skrupel entgegen allen Landesbräuchen Mädchen auf offener Straße ansprechen, die manchmal betrunken sind (so IHT, 28.7.79), die während der heißen Mittagszeit, in der die Chinesen ihr Xiuxi (Ausruhen) pflegen, im Schatten der Bäume ihre Kassettenrecorder voll aufdrehen und die im übrigen wegen ihrer angeblich hohen Stipendien beneidet werden.

Auf der anderen Seite fühlen sich die ausländischen Studenten, vor allem aus Afrika, durch die generelle Isolierung, die ihrem spontanen Lebenswandel wenig entgegenkommt, vereinsamt und ausgestoßen. Sie neigen zu Trotzreaktionen und fühlen das Bedürfnis, sich irgendwie Luft zu machen und aus dem Ghetto-Dasein auszubrechen. In der Tat handelt es sich hier um ein Problem, das nicht nur die Studenten, sondern praktisch jeden Ausländer in Peking bedrückt. Nur während des kurzen Pekinger Frühlings zu Beginn des Jahres 1979 wurde die große Mauer zwischen Ausländern und Bevölkerung vorübergehend um ein kleines Stück abgebaut. Die Pekinger Behörden neigen zwar dazu, Hongkong und Tokio als Vorbild für hohe Preise anzusehen, wollen aber andererseits von den Freiheiten, die dort selbstverständlich sind, im eigenen Bereich nichts wissen. Hier wird sich auf längere Sicht ein Wandel vollziehen müssen. Man kann nicht auf der einen Seite kosmopolitische Gestik zeigen, Tausende von Studenten ins Ausland schicken und Hunderte von Delegationen ausschwärmen lassen, die die Freiheiten und Privilegien des Gastlandes wie selbstverständlich in Anspruch nehmen, zuhause aber eine Ghetto-Politik betreiben.

Der Ausbruch der Unruhen in Schanghai ist vielleicht dazu angetan, die chinesischen Behörden, zumindest aber die Behörden in der Hauptstadt etwas nachdenklicher werden zu lassen. Kurzfristig hat man allerdings eine etwas andere Konsequenz gezogen. Die Studenten am Schanghaier Textilinstitut und an anderen Schulen sollen künftig nämlich eine bessere Ausbildung in Internationalismus und Disziplin erhalten (XNA, 25.7.79). Wahrscheinlich wird dabei auch die Frage des "Rassismus" unter die Lupe genommen.

Ein Student aus Mali gab an, ein chinesischer Kommilitone habe schwarze Tinte über ihn geschüttet, da "seine Haut noch zu hell" sei (AFP in SWB, 21.7.79).

Der ganze Vorfall ist umso peinlicher, als unter den betroffenen ausländischen Studenten die Angehörigen solcher Länder standen, mit denen China offiziell beste Beziehungen unterhält, nämlich Sri Lanka, Nepal, Pakistan, Südjemen, Sudan, Burundi, Mauretanien, Senegal, Kongo und Zaire. Die meisten der Dritte-Welt-Studenten in Schanghai haben inzwischen ihre Absicht erklärt, China zu verlassen, da sie sich "nicht länger hier sicher fühlten". Unverkennbar sei der chinesische Rassismus, der zwar offiziell geleugnet werde, der sich aber in häufigen Ausdrücken wie "schwarze Teufel" und überhaupt im Gesamtverhalten der Chinesen gegenüber den Dritte-Welt-Studenten äußere (SWB, 12.7.79).

- we -

#### (16) In diesem Jahr 120.000 Touristen in China erwartet

Nach 100.000 ausländischen Besuchern im Jahre 1978 werden für dieses Jahr 120.000 Touristen in der Volksrepublik erwartet. Nach Angaben des staatlichen chinesischen Reisebüros Lixingshe kann diese Zahl bis 1981 auf 300.000 anwachsen. Zusätzlich wird auch

eine Zunahme der Besuche von Auslandschinesen erwartet, von denen 1978 300.000 die Volksrepublik besuchten.

Größter Engpaß bei der Entwicklung des Tourismus als wichtigem Devisenbringer für China ist die begrenzte Hotelkapazität - sowohl was die Anzahl der verfügbaren Räumlichkeiten als auch deren Qualität betrifft. Inzwischen wurden Reisegruppen schon mehrfach in Städte umgeleitet, die bislang noch nicht für den Tourismus geöffnet waren, wenn in Peking oder den großen Ostküstenstädten die Räumlichkeiten knapp wurden. Eine amerikanische Gruppe kam auf diese Weise in die mittelchinesische Industriestadt Lanzhou.

Die chinesische Touristikorganisation bemüht sich, dem ausländischen Besucher auch bisher für ihn unzugängliche Regionen zu erschließen und die ausgetretenen Pfade üblicher Chinareisen zu verlassen. Xinjiang (Sinkiang), in diesem Jahr dem Tourismus geöffnet, wurde bislang von 500 Touristen besucht, deren Zahl bis zum Jahresende auf 2.000 anwachsen könnte. Insgesamt sind 100 Gebiete für ausländische Reisende zugänglich, von denen die Hälfte in den letzten zwei Jahren geöffnet wurde. Zur Zeit wird daran gearbeitet, die südchinesische Insel Hainan für den Tourismus freizugeben. Auch die Öffnung Tibets steht zur Diskussion.

Über die hohen Preise ist das chinesische Reisebüro allerdings zunehmend besorgt, da hierdurch die Tourismusanstrengungen des Landes langfristig geschädigt werden könnten. In Peking wird deshalb zur Zeit ein Senken der allgemeinen Reisepreise diskutiert. Die Chinesen äußern ihre Sorge über das Gebaren ausländischer Reiseveranstalter, die die ihnen zugewiesenen Reisen gegenüber den chinesischen Preisen verdoppeln oder verdreifachen oder die Quoten an kleine Reisebüros profitabel weiterverkaufen. Vielleicht ist deshalb als Gegenmaßnahme bald mit eigenen Niederlassungen des chinesischen Reisebüros im Ausland zu rechnen (AWSJ, 13.7.79).

- ga -

### INNENPOLITIK

#### (17) Strengere Maßnahmen gegen "zurückgekehrte" Studenten

Der städtische Parteiausschuß und die Regierung der Industriestadt Shenyang haben am 11. Juli 1979 ein "Notzirkular" herausgegeben, in dem gefordert wird, daß die Parteiausschüsse aller Ebenen und die verschiedenen Administrativ-Organen ab sofort Maßnahmen ergreifen müßten, um die früher aufs Land geschickten, dann aber illegal zurückgekehrten Jugendlichen wieder an ihrem ländlichen Bestimmungsort anzusiedeln. Wörtlich heißt es in dem Zirkular: "Gebildete Jugendliche, die auf dem Lande arbeiten und die zu ihren Jugendzentren zurückkehren sollten, und Abgänger von Mittelschulen, die für eine Arbeit auf dem Lande abgestellt worden sind, müssen bis Ende Juli d.J. alle aufs Land gegangen sein. Mittelschüler, die in diesem Jahr die Schule abgeschlossen haben und für die Arbeit auf dem Lande bestimmt sind, müssen bis Ende September an ihrem ländlichen Bestimmungsort angelangt sein... Keine Einheit darf solchen Jugendlichen Stellen einrichten - nicht einmal einstweilige Stellen... Soweit solchen

Jugendlichen bereits berufliche Stellen angeboten worden sind, ist dieses Angebot für ungültig zu erklären. Ab sofort gilt die Regelung, daß bei Anträgen auf Rückkehr in die Stadt die Anträge nach dem Maße der Leistung und der Zeit, die der Betreffende auf dem Lande verbracht hat, beschieden werden. Mittelschul-Absolventen des Jahres 1978, die für eine Arbeit auf dem Lande bestimmt worden sind, aber dort ihre Stelle noch nicht angetreten haben, gelten nach wie vor als landverschickte Jugendliche des Jahres 1978, wenn sie vor Ende Juli d.J. aufs Land gehen. Solche, die ihren Dienst erst nach dem 1. August antreten, werden als Schulabgänger des Jahres 1979 eingestuft. Die verschiedenen Abteilungen dürfen keine neuen Arbeiter aufnehmen, ehe nicht die Aufgabe der Verschickung der Jugendlichen zur Rückkehr in die Jugendzentren und die Versendung von Mittelschul-Absolventen aufs Land im wesentlichen beendet ist." (Radio Shenyang in SWB, 31.7.79)

Unter "Jugendzentren" sind hierbei solche Arbeitsplätze zu verstehen, die ausschließlich von "hinuntergeschickten Jugendlichen" betrieben werden. Nicht eine bestimmte Produktionsbrigade oder eine Volkskommune dient hier also als vorgegebene Einheit, sondern vielmehr eine ausschließlich den Jugendlichen zugewiesene Arbeitsstelle.

Daß die Politik des "Hinuntersendens" keineswegs der Vergangenheit angehört, wird auch erneut in einem Artikel der Jilin Ribao betont (SWB, 12.7.79).

- we -

#### (18) Die "Revolutionskomitees" haben nichts getaugt

Mao Zedong hatte während der Kulturrevolution die Parole ausgegeben, daß "Revolutionskomitees gut" seien. Ganz im Gegensatz dazu stellt die GMD (14.7.79) nunmehr fest, daß die Revolutionskomitees der Ausdruck einer falschen Politik Lin Biaos und der "Viererbande" waren.

Diese Bewertung folgt den Bestimmungen des neuen "Organisationsgesetzes für die lokalen Volkskongresse und die lokalen Volksregierungen", das vom Nationalen Volkskongreß am 1. Juli 1979 verabschiedet wurde. Durch dieses Gesetz werden auch die letzten organisatorischen Reste der Kulturrevolution getilgt. Revolutionskomitees waren sowohl Führungs-, als auch Verwaltungsgremien, die im Laufe des Jahres 1968 anstelle der damals gerade liquidierten Partei- und Verwaltungsausschüsse errichtet wurden und die zunächst auf der Dreieinheit von VBA-Angehörigen, Massen-Vertretern und Kadern gebildet wurden. Aufgabe der Revolutionskomitees sollte es u.a. sein, die Rotationsmechanismen zu installieren, mit deren Hilfe Kader in regelmäßigen Abständen hinunter an die Arbeitsbasis und andererseits Arbeiter hinauf in die Direktionen befördert würden.

Die Revolutionskomitees wurden im Bereich der nicht-administrativen Einheiten, also in Schulen, Universitäten, Handelsorganisationen etc., bereits im Laufe der Jahre 1977/78 abgeschafft. An ihre Stelle traten wiederum die früheren Direktionen. Letztes Reservat für das Revolutionskomitee blieben, wie gesagt, die administrativen Einheiten.

Der Verfasser des GMD-Artikels (14.7.79) macht sich über die verschiedenen RKs lustig: Es habe ein Badhaus-RK, ein Frisörsalon-RK, ein Fahrrad-Reparaturwerkstatt-RK, ein Medizinladen-RK und ein Nachbarschafts-RK gegeben. Viele RKs seien über-

haupt nur ein einziges Mal zusammengetreten. Ihre Mitglieder hätten die ihnen eingeräumten Befugnisse mißbraucht und hätten Leute geprügelt und geschmäht, statt ihnen zu helfen. Das Volk habe für die neue Institution keine Sympathie aufgebracht.

Das neue Gesetz habe deshalb eine richtige Konsequenz gezogen und nunmehr auch den Namen "Revolutionskomitee" getilgt. Volksregierungen erfreuten sich einer langen Tradition. Schon während des Widerstandskriegs gegen Japan seien lokale "anti-japanische, demokratische Regierungen" errichtet worden. Auch in den der Kulturrevolution vorausgegangenen 17 Jahren hätten die Volksregierungen aner kennenswerte Funktionen geleistet. Außerdem entsprächen sie dem "Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen" (man vergleiche demgegenüber den Eingangssatz!).

- we -

#### (19) Wiederherstellung der Autonomen Region Innere Mongolei nach Maßgabe des Zustandes von 1969

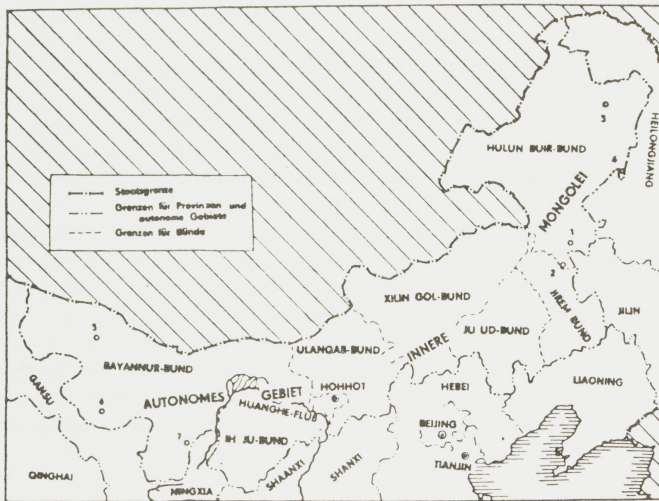
Völlig unerwartet waren am Ende der Kulturrevolution im Jahre 1969 zunächst drei der sieben "Aimaks" (Ligen) der Autonomen Region Innere Mongolei abgetrennt und den Nachbarprovinzen Heilongjiang, Jilin und Liaoning zugeschlagen worden. 1970 ging diese Abtrennungspolitik, die sich zunächst auf den Nordostteil der Autonomen Region beschränkt hatte, im Westen weiter. Abermals wurde ein Aimak abgetrennt und zur einen Hälfte, nämlich im Westen, der Provinz Gansu, zum anderen Teil, d.h. im östlichen Teil, der Autonomen Region Ningxia zugeschlagen. Am Ende war die Innere Mongolei auf die Hälfte ihres ursprünglichen Gebiets zusammengeschrumpft. Bildlich gesprochen waren dem Vogel Mongolei - die Autonome Region sieht auf der Landkarte ja wie ein im Winkel von 45 Grad schwebender Adler mit ausgebreiteten Schwingen aus - der linke und der rechte Flügel gestutzt worden.

Bedeutsam waren auch die militärischen Konsequenzen, die aus der Zerstückelung der Inneren Mongolei gezogen wurden. Der verbleibende Rumpfteil wurde der Militärregion Peking zugeschlagen, während die im Nordosten abgetrennten Teile der Militärregion Shenyang und die im Westen weggenommenen Gebiete der Militärregion Lanzhou unterstellt wurden.

Das plötzliche und fast überfallartige Vorgehen der Behörden im Jahre 1969 läßt zwei Schlußfolgerungen zu: Zum einen wollte man offensichtlich militärische Konsequenzen aus den Ussuri-Zwischenfällen von 1969 ziehen, zum anderen hielt man von der Autonomie der Minderheiten offensichtlich recht wenig: In der Tat betrachtete Lin Biao, der damals auf dem Höhepunkt seiner Macht stand, die Autonomie-Bestrebungen der Minderheiten nicht als eine Minderheiten-, sondern als eine Klassenkampf-Frage.

Aufgrund eines ZK- und eines Staatsrats-Beschlusses, die in der ersten Hälfte des Jahres 1979 gefaßt worden sind, sollen alle 1969 von der Inneren Mongolei wegamputierten Gebiete nun wieder an die Autonome Region zurückfallen, und zwar mit Wirkung vom 1. Juli 1979. Folgende Provinzen haben die nachfolgend bezeichneten Gebiete abzugeben:

- die Provinz Liaoning: die Ju-Ud-Liga,
- die Provinz Jilin: die Jirem-Liga, den Horqin-Youyi-Qian-Banner und den Tuqian-Kreis,



- die Provinz Heilongjiang: die Hulun-Buir-Liga, den Urogen-Autonom-Banner und den Morin-Dawa-Autonom-Banner,
- die Provinz Gansu: den Ejin-Banner und den Alxa-You-Banner
- und die Autonome Region Ningxia Hui: den Alxa-Zuo-Banner (Radio Hohot, 15.7.79 in SWB, 18.7.79).

Die Übergabeverhandlungen fanden bei einem Treffen der sechs beteiligten Provinzen/Autonom-Regionen Liaoning, Jilin, Heilongjiang, Gansu, Ningxia und Innere Mongolei Anfang Juli statt.

Von der Innermongolischen Tageszeitung (15.7.79) wurde das Ereignis als ein freudiger Höhepunkt im politischen Leben der 18 Millionen Einwohner der Region bezeichnet. Die am 1. Mai 1947 gegründete Autonome Region sei durch die "ultra-linke" Politik Lin Biaos und der "Viererbande", die die Nationalitätenpolitik mit Füßen getreten hätten, schwer beeinträchtigt worden. Ein altes Unrecht sei wiedergutmacht (SWB, 20.7.79).

Die Mongolei hat einen wichtigen strategischen Stellenwert. Würde die Sowjetunion sich zu einem Angriff entschließen, so wären Operationen durch dieses Gebiet in Richtung Peking am vielversprechendsten. Gerade am Rande der Autonomen Region, wo das Riege-Gebirge zur nordchinesischen Tiefebene hin verläuft, haben die Truppen der VBA riesige Tunnelsysteme errichtet. U.a. hatte der CDU-Abgeordnete Wörner bei seinem China-Besuch im September 1977 Gelegenheit, einen solchen Stollen zu besuchen. Die Gäste, die in einer Autokarawane ankamen, wurden damals durch ein "offenes Garagentor" auf einer abschüssigen Rampe in ein Tunnel-Strassensystem gebracht, dessen Hauptstollen 8.226 m lang war, der zahlreiche unterirdische Kreisverkehrsplätze aufwies und von vielen Nebentunnels begleitet war. Mit 20km/h rollte die Karawane fast dreißig Minuten lang über die verborgene Straße, an der seit 1971 gebaut worden war. Nach 8 km unterirdischer Fahrt landeten die Wagen weit außerhalb von Hohot am Fuße der Ta-Xingan-Berge (Näheres C.a., Oktober 1977, Ü 31).

Nicht nur wegen der fest im chinesischen Verteilungskonzept verankerten Volkskriegsstrategie, an der auch die mongolische Bevölkerung beteiligt sein soll, ist die Bevölkerung der Region zu umwerben. Es geht auch schlicht darum, die in der Verfassung so großzügig ausgelegte Minderheiten-Politik auch im täglichen Leben Wirklichkeit werden zu lassen. Nicht

nur in der Inneren Mongolei, sondern auch in Xinjiang und Tibet nimmt eine solche liberale Politik heute Gestalt an. Die Wiederherstellung alten Unrechts war deshalb nur ein systemlogischer Schritt. Zugleich war sie ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Liquidation der Einflüsse "Lin Biaos und der Viererbande".

- we -

## (20) Der Wirtschaftswissenschaftler Ma Yinchu rehabilitiert

Mitte Juli wurde der inzwischen 98 Jahre alte Wirtschaftswissenschaftler Ma Yinchu rehabilitiert. Ma, der ab 1951 Direktor der Peking-Universität war, wurde 1960 dieses Amtes enthoben und verlor im Anschluß daran auch seine anderen Funktionen. In den fünfziger Jahren hatte Ma seine Theorien vor allem über gleichgewichtiges und ausgewogenes Wirtschaftswachstum, über Preispolitik und Bevölkerungsplanung veröffentlicht, die heftig angegriffen wurden und schließlich zu seiner Absetzung führten.

In der Begründung seiner jetzt vorgenommenen Rehabilitierung wird vor allem auf seine Vorschläge zur Bevölkerungsplanung zurückgegriffen. Ma hatte damals geschrieben, daß die Beziehung zwischen Bevölkerung und Produktion wichtiger als alles andere sei, d.h. also auch wichtiger als z.B. der "Hauptwiderspruch zwischen den Klassen".

Zwar erwies Ma der Aussage Maos über die chinesische Bevölkerung, daß nämlich die Bevölkerung Chinas Reichtum sei, die nötige Referenz, fügte jedoch hinzu: "Aber es ist zugleich auch eine große Last" (BRu, 31/79). Infolgedessen schlug er eine Propaganda und Erziehungskampagne vor, um dem chinesischen Volk die Bedeutung der Familienplanung näher zu bringen. Ma wurde zu Unrecht der Vorwurf gemacht, er sei Malthusianer. Dieser hatte in seinem "Bevölkerungsgesetz" Armut und Elend der Menschheit folgendermaßen zu erklären versucht: Die Bevölkerung habe die Tendenz, sich schneller zu vermehren (in geometrischer Reihe) als der Ertrag des Bodens (in arithmetischer Reihe). Mangelnde Nahrungsmittelversorgung würde deshalb periodisch zu Hungersnöten führen. Die Marxsche Kritik an dieser Theorie lautet in verkürzter Form, daß nicht die Naturbedingungen, sondern die Produktions- und Eigentumsverhältnisse ursächlich für diese Mißstände und für die Entwicklung der Produktion seien. Hier läge also der Ansatz, Produktion zu beleben und die Armut zu überwinden.

Ma erwiderte hierauf, daß es in China ja inzwischen ein neues Eigentumssystem gäbe, Produktionsverhältnisse also kein Hindernis mehr für die Produktion darstellten. Das trug ihm den Vorwurf ein, Anhänger von Malthus zu sein. Sein größter Fehler sei, daß er nicht beachte, daß der Mensch primär Produzent und nicht Konsument sei.

Ma hatte das allerdings keinesfalls behauptet, sondern neben seinen Vorschlägen zum Bevölkerungswachstum auch auf ein schnelleres Agrarwachstum und die Entwicklung arbeitsintensiver Produktionsmethoden auf dem Lande hingewiesen. Jetzt - in der Begründung der Rehabilitierung Mas - heißt es dazu: "Die Praxis hat bewiesen, daß die Auffassungen von Ma Yinchu korrekt sind. Unter dem sozialistischen System muß China nicht nur seine Volkswirtschaft planmäßig und proportional entwickeln; auch sein Bevölkerungswachstum muß in einer der Entwicklung der Produktion angemessenen Weise vor sich gehen". (BRu, Nr.31/79)

In der nachträglichen Würdigung dieses bedeuten-

den Wissenschaftlers wird ein zweiter Punkt angesprochen, mit dem Ma hervorgetreten war: Er hatte entwickelt, daß alle Wirtschaftsbereiche in einem inneren Zusammenhang stünden. Ein allgemeines Gleichgewicht zwischen diesen Bereichen sei nötig, um die Wirtschaftsfaktoren und Ressourcen optimal unter ihnen verteilen zu können. Er führte aus, daß in politischer Ökonomie die beiden wichtigsten Prinzipien das "umfassende (=allgemeine) Gleichgewicht" und das "Gesetz der proportionalen Entwicklung" seien. Zwar sei das Auftreten von Ungleichgewichten unvermeidbar, aber anzustreben sei ein gleichmäßiges, ausgewogenes Wachstum, das sich spiralförmig auf ein immer höheres Niveau entwickle.

Neben seiner Bevölkerungs- und volkswirtschaftlichen Gleichgewichtslehre ist seine Auffassung über die Frage der Preisgestaltung - gerade im Lichte der aktuellen chinesischen Politik - gesondert hervorzuheben: Ma hatte immer wieder betont, daß die Landwirtschaft das schwächste Glied der chinesischen Wirtschaft sei, daß die Investitionen zu Lasten der Schwerindustrie auf die Landwirtschaft und Leichtindustrie umgeschichtet werden müßten; vor allem sei die Versorgung der Leichtindustrie mit agrarischen Rohstoffen unzureichend. Es gelte deshalb eine Politik zu entwickeln, die die benötigte Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen sicherstelle. Nach Ma hätte der Hauptfehler darin bestanden, daß die Preise für die industriell benötigten Agrarerzeugnisse so niedrig seien, daß ernsthafte Versorgungslücken entstanden. Falls rationale Preise festgelegt werden könnten, "wird es einfach sein, die Bauern anzuregen, die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln" (vgl. hierzu: Walker, K.R., A Chinese Discussion on Planning for Balanced Growth. A Summary of the Views of Ma Yin-ch'u and his Critics, in: Cowan, C.D. (Hrsg.), The Economic Development of China and Japan, New York, London, 1964. Menzel, U., Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells, Opladen, 1978, S.388 ff).

- ga -

#### (21) Zur "Religionsfreiheit"

Das Büro für religiöse Angelegenheiten beim Staatsrat veranstaltete am 29. Juni eine Diskussion von Religionsvertretern, die an der NVK-Sitzung sowie an der Sitzung des Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz teilgenommen hatten. Zweck dieser Diskussion war es, die Gläubigen aufzurufen, ihren Beitrag für die "Vier Modernisierungen" zu leisten. Der Direktor des Büros, der die Einleitungsrede hielt, appellierte hierbei auch an den Patriotismus der Gläubigen (NCNA, 30.6.79).

Ende Juli trat in Peking ein neuer Bischof sein Amt an, ohne daß der Vatikan hierzu befragt worden wäre. Fu Tishan, auf den die Wahl fiel, ist 47 Jahre alt und war bisher Pfarrer der Kirche von der Unbefleckten Empfängnis, der einzigen, die in der chinesischen Hauptstadt für den katholischen Gottesdienst geöffnet ist. Er wurde am 25. Juli auf einer Synode des "Verbands der patriotischen Katholiken" der Diözese von Peking gewählt. Der neue Bischof folgt dem im vergangenen Jahr verstorbenen Wang Zhiding, der seit dem Jahre 1963 an der Spitze der Diözese gestanden hatte.

Der "Verband der patriotischen Katholiken" war im Jahre 1957 gegründet worden. Dies war auch der Zeitpunkt des Abbruchs der Beziehungen zu Rom.

Die wichtigsten Grundsätze, denen die Kirche in

China zu folgen hat, sind Selbständigkeit im Finanziellen, Selbständigkeit in der Lehre (Unabhängigkeit von Rom und anderen außernationalen Einflüssen) und Verbot der Missionierung.

- we -

#### (22) Energieeinsparung eines Militärbezirks-Kommandeurs

Im Rahmen der allgemeinen Energieeinsparung des Militärbezirks Shenyang "setzte auch Genosse Li Desheng ein Beispiel für jeden, indem er die hellen 60-Watt-Glühlampen in den Korridoren und der Küche seines eigenen (Militär-) Quartiers durch die gewöhnlichen 25-Watt-Glühlampen ersetzte, wodurch der Energieverbrauch um 47% reduziert wurde". (Xinhua, 14.7.79)

Li Desheng ist Kommandeur des Militärbezirks Shenyang seit 1974 und Mitglied des Politbüros der KPCh seit 1973. Im Rahmen dieser Nachricht sind zwei Fakten bemerkenswert:

1. Wie schon wiederholt in Sachen Ölwirtschaft demonstriert, haben die chinesischen Statistiker offenbar Schwierigkeiten im Umgang mit Prozentzahlen. Denn ob Li Desheng in den Korridoren und der Küche seines Quartiers ein, zwei, fünf, neun oder 23 60-Watt-Glühlampen durch 25-Watt-Glühlampen ersetzt, die Energieeinsparung wird nicht, wie angegeben, 47% betragen, sondern 58,4%.

2. Der Kommandeur eines Militärbezirks in China verfügt über eine eigene Küche, ein Vorzug, den kein kommandierender General in einem kapitalistischen Land genießt. Womit sich die interessante Frage stellt, bis zu welcher Ebene Militärkommandierenden eigene Küchen zugeordnet sind. Ihre Beantwortung könnte gewißlich zum Verständnis des elitären Bewußtseins der vom Volk getragenen Militärführer der VR China beitragen. Die Köche von Li Desheng müssen fortan in einer düsteren Küche arbeiten. Nicht so Li selbst, bezieht sich doch die Energieeinsparung nicht auf seine persönlich genutzten Räume. "Li setzte ein Beispiel für jedermann", bezeugt Xinhua vom 14.7.79.

- ba -

#### (23) Erdbeben in der Provinz Jiangsu

Am 9. Juli fand in der Provinz Jiangsu, Kreis Liyang, ein Erdbeben statt, das 41 Menschenleben kostete. Das Beben lag bei der Stärke 6 auf der Richter-Skala und betraf zwanzig Kommunen und Städte.

Das Provinz-Medizin-Department der Provinz Jiangsu entsandte medizinische Einsatztruppen, und auch die am Ort stationierten VBA-Einheiten leisteten Erste Hilfe. 700 Soldaten halfen bei dem Wiederaufbau zerstörter Häuser (XNA, 12.7.79). Die ganze Provinz nahm am Schicksal des Kreises Anteil, und die Provinzverwaltung entsandte hohe Repräsentanten, die den Unglücksort inspizierten und Hilfsmaßnahmen einleiteten (XNA, 19.7.79).

Bezeichnenderweise waren die Angaben über das Erdbeben diesmal konkret und ließen auch nicht lange auf sich warten. Dies stand im wohlthuenden Gegensatz zu den Angaben über die Einzelheiten des Tangshan-Erdbebens im Jahre 1976, die erst Mitte 1979 bekannt wurden (C.a., Juni 1979, Ü 28).

- we -

**(24) Wieder Flitterwochen**

Der in China lange Jahre als "bürgerlich" verteilte Brauch, nach dem Gang zum Standesamt in die Flitterwochen zu fahren, ist inzwischen wieder zu einer erlaubten und beliebten Einrichtung geworden. Immer mehr junge Ehepaare verzichten auf eine kostspielige Hochzeitsfeier, wie sie im traditionellen China gang und gäbe war, und entschieden sich stattdessen für die Hochzeitsreise. Beliebtestes Ziel ist die südostchinesische Provinz Hangzhou mit ihren Seen, Klöstern und Pavillons. Dabei könne man zugleich auch sein "Wissen über Geschichte und Geographie" erweitern. Auch Guilin wird für Flitterwöchener immer populärer. Welch ein Fortschritt: Die Ehepaare dürfen sogar Hotelzimmer miteinander teilen. Die 25jährige Arbeiterin Lu Yumei, die gerade die Ehe mit einem Polizisten eingegangen war, meinte, daß sie vor ihrer Ankunft in Hangzhou "das Schlimmste befürchtet habe, z.B. in separaten Räumen für Männer und Frauen schlafen zu müssen. Doch waren wir dann überrascht, daß für Flitterwöchener eigene Zimmer vorhanden waren" (XNA, 19.7.79).

- we -

**WISSENSCHAFT \* AUSBILDUNG****KUNST UND MASSEN MEDIEN****(25) Über 800 Wissenschaftler der Akademie der Sozialwissenschaften rehabilitiert**

In den letzten zwei Jahren hat die Akademie der Sozialwissenschaften große Erfolge beim Lösen politischer Fälle ihres Personals erzielt. Über 800 Wissenschaftler und Kader der Akademie, die unter der Herrschaft von Lin Biao und den Vieren zu Unrecht verurteilt oder falsch beschuldigt worden waren, sind mittlerweile rehabilitiert worden. Die Vorläuferin der Akademie der Sozialwissenschaften, die Abteilung für Philosophie und Sozialwissenschaften der Akademie der Wissenschaften, sei in der kulturrevolutionären Zeit als Domäne der Bourgeoisie verschrien gewesen, in der die Bourgeoisie eine Diktatur über das Proletariat ausgeübt habe. Die sog. "Theoretische Autorität" sowie Chen Boda, Yao Wenyuan, Wang Li, Guan Feng, Qi Benyu und Chi Qun hätten sich alle in die Angelegenheiten der Akademie eingemischt und deren Arbeit behindert. Sie hätten die Wissenschaftler und Kader willkürlich verfolgt. Gegen 556 der damals gut 2.000 Mitarbeiter der Abteilung für Philosophie und Sozialwissenschaften seien Untersuchungen eingeleitet worden; hinzu seien 486 Mitarbeiter gekommen, die aus früheren Säuberungsbewegungen Verfahren laufen hatten, so daß etwa die Hälfte der gesamten Mitarbeiterschaft betroffen gewesen sei. Einige seien im Laufe der Verfolgung gestorben, bei anderen seien die von der Geschichte überkommenen Probleme ungelöst geblieben. Ende 1977 habe man unter Führung der Partei spezielle Gruppen zur Überprüfung aller dieser Fälle eingesetzt. Die Rehabilitierung dieser Fälle sowie derjenigen, die fälschlich als Rechtsabweichler eingestuft worden waren, sei jetzt im wesentlichen abgeschlossen. Mit Ausnahme einer äußerst kleinen Zahl von komplizierten Fällen, die zur Zeit noch nicht gelöst werden können, seien 97% der anstehenden Fälle gelöst.

Nicht alle Beschuldigten werden allerdings rehabilitiert. So sollen von 45 als Rechtsabweichler

eingestuften Mitarbeitern nur 44 rehabilitiert worden sein, von 15 als Konterrevolutionäre bezeichneten Mitarbeitern sollen sieben diese Bezeichnung behalten haben. Von 421 Fällen, die jetzt "wieder neu untersucht" worden seien (wahrscheinlich Leute, die schon vor der Kulturrevolution verurteilt worden waren), seien 158 rehabilitiert worden, bei 101 von ihnen seien die ursprünglichen ungenauen Anschuldigungen abgeändert worden und bei 162 sei das vor der Kulturrevolution ergangene Urteil aufrecht erhalten geblieben. (RMRB, 14.7.79)

Der Artikel nennt unter den Rehabilitierten eine große Zahl bekannter Wissenschaftler, z.B. die Historiker Luo Ergang, Gu Jiegang, Li Shu, Hou Wailu, den Archäologen Xia Nai und die Literaturwissenschaftler Yu Pingbo und Feng Zhi. Die Namen der noch nicht rehabilitierten Wissenschaftler werden zwar nicht erwähnt, doch vermitteln die Zahlenangaben eine Vorstellung davon, daß es auch heute noch eine ganze Reihe von Wissenschaftlern gibt, die wegen ihrer politischen Einstellung verurteilt werden. Wie weit dieser Personenkreis im einzelnen in seinen Rechten eingeschränkt ist, läßt sich nicht sagen. Es scheint jedoch so zu sein, daß die überwiegende Zahl der nicht Rehabilitierten bereits vor der Kulturrevolution kritisiert worden war. Die seit 1977 erfolgten und immer noch erfolgenden Wiedergutmachungen betreffend durchweg Personen, die während der kulturrevolutionären Zeit Unrecht erlitten.

- st -

**(26) Wiedereröffnung der Landwirtschaftlichen Hochschule Peking**

Der Staatsrat hat beschlossen, die Landwirtschaftliche Hochschule Peking (Beijing Nongye Daxue), die während der Kulturrevolution aus Peking verlegt worden war und seitdem Nordchinesische Landwirtschaftliche Hochschule (Huabei Nongye Daxue) hieß, wieder unter dem alten Namen nach Peking zurückzuverlegen. Die Hochschule war kurz nach der Befreiung aufgrund eines Zusammenschlusses des Landwirtschaftlichen Instituts der Nordchinesischen Hochschule des Stützpunktgebietes Ji-Lu-Yu mit den Landwirtschaftlichen Instituten der Qinghua- und Peking-Universität sowie dem landwirtschaftlichen Seminar der Furen-Universität entstanden und befand sich seit 1956 in Peking. Bis 1966 entwickelte sie sich zur größten und besten landwirtschaftlichen Hochschule in ganz China. Während der Kulturrevolution wurde die Hochschule aufs Land verlegt. Wegen mangelnder Fazilitäten geriet sie jedoch in Schwierigkeiten und verlor ihre Leistungsfähigkeit. Die jetzt beschlossene Wiedereröffnung der Hochschule in Peking wird als wichtige Maßnahme zur Förderung der Modernisierung in der Landwirtschaft gesehen. (RMRB, 14.7.79)

- st -

**(27) Musikfestspiele**

Am 13. Juli 1979 wurden in Harbin die 7. Sommer-Musikfestspiele eröffnet. Auf dem Programm der insgesamt sieben Konzerte der elftägigen Festspiele stehen zum größten Teil neue Kompositionen der letzten zwei Jahre sowie chinesische und ausländische klassische Musik und Volksmusik. Die Harbinger Sommer-Musikfestspiele wurden zum erstenmal im Jahre 1961 abgehalten. Teilnehmer sind Musiker und Sänger aus ganz China. Daneben gibt es